

Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat
Ausgabe Nr. 20/2006: S. 180-182

Siegfried F. Franke
Rezension

Hans-Lothar Fischer: Nachträgliche Prognose vom Untergang der DDR.
Münster: Monsenstein und Vannerdat. 2005, 432 S., € 20,80.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die äußerst kenntnisreiche Arbeit von Fischer verlangt dem Leser einiges ab. Der Verfasser spannt nämlich einen gewaltigen Bogen von ordnungspolitischen Zusammenhängen und staatsideologischen Prägungen bis hin zu ihren (erwartbaren) Ergebnissen und den betriebs- und verwaltungssoziologischen Verhaltensweisen von Menschen, die sich mit einer im Kern sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung arrangieren mußten. Sicher, zu den Gründen für den Niedergang sozialistischer Planwirtschaften gibt es mannigfache Erklärungen und Beiträge. Der Wert der Arbeit von Fischer liegt demgegenüber darin, daß er die Entwicklung und letztlich das Scheitern der Planwirtschaft im Zusammenhang von marxistischer Theorie und darauf aufbauender speziell sowjetisch-sozialistischer Ideologie über die konkrete Ausprägung der Sowjetökonomie als ein „autokratisches Ausbeutungskonzept“ konsequent belegt.

Das Sowjetmodell konnte einerseits nur mit brutaler Gewalt und Terror umgesetzt werden, andererseits aber stellte es eine implizite Besteuerung ungeheuren Ausmaßes dar (hohe Güterpreise, niedrige Löhne) (insbes. Kap. 2), die es der Sowjetunion ermöglichte, eine Schwer- und Rüstungsindustrie aufzubauen, die nicht nur half, den Zweiten Weltkrieg mit als Siegermacht zu bestehen, sondern auch in der Nachkriegszeit in der Waffen-, Raketen- und Weltraumtechnologie lange Zeit mit dem Westen gleichzuziehen.

Die Übertragung dieses Systems auf die ehemalige DDR war ebenfalls nur mit Gewalt und Terror möglich, und brachte sie – von Kriegszerstörungen und Demontagen zugunsten der Sowjetunion ohnehin arg gebeutelt – an den Rand der Leistungsfähigkeit. Kein Wunder also, daß sich die Menschen den Drangsalierungen und der ökonomisch kärglichen Lage zunehmend durch die Flucht entzogen. Der Führung war es aus ihrer ideologischen Sicht indessen nicht möglich, die wahren Ursachen zu erkennen; aus Alternative blieb so nur die „grausame Logik des Mauerbaus“.

Das System der – trotz mancher Reformen – im Kern sowjetisch geprägten Planwirtschaft in der ehemaligen DDR brachte nicht nur für alltägliche Beschaffungen im Privatbereich (man denke nur an die Zeitverluste beim sog. Schlangestehen), sondern auch und gerade in der Produktion ungeheure Transaktionskosten mit sich. Diese wirken ganz besonders fatal im Bereich der Reinvestitionen. Zwar wird den Ökonomiestudenten schon zu Beginn des Studiums in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Begriff der Reinvestitionen nahegebracht, Fischers Verdienst aber ist es, daß er deren konkrete Bedeutung für den einzelnen Betrieb wie auch für die gesamte Volkswirtschaft sehr präzise herausarbeitet und belegt. Mehr oder weniger dumpf müssen dies auch die Machthaber der ehemaligen DDR geahnt haben, sonst wäre kaum verständlich, welchen Wert die Instandhaltungsökonomie einnahm und warum gerade Ingenieurhochschulen (also in westlicher Terminologie Fachhochschulen, die je einen besonderen Bezug zur betrieblichen Praxis pflegen) damit vorrangig betraut waren.

In der Planwirtschaft bleibt der wirkliche Wert der Güter und Dienstleistungen unbekannt; insofern liefen Maßnahmen zur Verbesserungen der Instandhaltung früher oder später immer wieder ins Leere. Nach der Ideologie durften die wahren Gründe für das Versagen nicht benannt werden: Also wurden Schuldige gesucht. Bei Razzien in Betrieben wurden unerlaubte Lager von wichtigen Materialien und Ersatzteilen leicht entdeckt. Um bei Störungen in der Produktions- und Lieferkette flexi-

bel zu reagieren und den Schaden zu minimieren, setzten sich Inhaber und Beschäftigte von Unternehmen hohen Risiken aus. Oft blieb nur die Flucht in den Westen. Der Mauerbau war die politisch-logische Folge, um ein weitere Abwanderungen von Arbeitskräften zu verhindern. Damit war freilich der im System liegende Mangel nicht beseitigt. Um die Macht nicht zu gefährden, wurden abweichende Meinungen bekämpft und unterdrückt. Folglich bildete sich ein umfangreicher Geheimdienst nach Tscheka-Vorbild heraus. Er wurde auch auf Universitäten und Hochschulen ausgedehnt, weil es Wissenschaftler gewohnt sind, Grenzen im Denken zu überschreiten und unbequeme Fragen zu stellen. So ist aus der Sicht des Systems verständlich, daß an der Nahtstelle von theoretischer und praktischer Ökonomie gerade die Wissenschaftler der Zwickauer Ingenieurhochschule im Fokus der Überwachung standen.

Fischer beschreibt exemplarisch für die DDR-Hochschulen und sehr dezidiert die politisch-ideologische Überwachungstätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) (Kap. 6). Hier hätte sich der Leser (wie auch im Schlußkapitel) eine Straffung und wenigstens teilweise Verlagerung der Quellen und Dokumente in einen Anhang gewünscht. Allerdings gewinnt man beim Lesen auch einen nachhaltigen Eindruck von der unglaublichen Verschwendung von Ressourcen und auch davon, daß sich dieser Apparat immer wieder aufs neue Arbeit verschaffte. Was sonst hätten denn die zahlreichen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS und ihre inoffiziellen Mitarbeiter (IM) tun sollen, wenn es keine ungefestigten Charaktere, Abweichler und ideologischen Feinde mehr zu „entdecken“ und „enttarnen“ gegeben hätte? Der Umfang der Überwachungstätigkeit und ihre Permanenz haben die Menschen nachhaltig geprägt. Schon der flüchtig hingeworfene Scherz, man könne doch, um Kraftstoff zu sparen, wieder zu Pferden zurückkehren, brachte Hochschullehrer ins Visier der Stasi! Die von manchen schon im Jahre 1990 geäußerte Meinung, daß der tatsächliche Einheitsprozeß fünfzig Jahre währen wird, wird durch die Darstellungen Fischers über die Verhaltensweisen von Mitgliedern der Zwickauer Hochschule kurz nach der Wende und heute deutlich untermauert. Das geht nach Meinung des Rezensenten weit über die üblichen Querelen, die es in jeder Organisation gibt, hinaus. Frappierend auch, daß die zuständige Rechtsaufsicht nicht einschritt. Hier zeigt sich eine Schwäche im bisherigen Einigungsprozeß. Natürlich kann ein Rechtsstaat nicht alle ehemaligen Mitglieder in DDR-Hochschulen und Verwaltungen unter Generalverdacht zu stellen. Sorgfältige Auswahlverfahren, Schulung in grundlegenden Rechtsfragen und die strikte Beachtung der Grundrechte – gerade bei Auseinandersetzungen mit von alten Seilschaften – sind auch heute dringend nötig.

Der Arbeit von Fischer ist eine Neuauflage zu wünschen. Sie verknüpft theoretische, politische und wirtschaftspraktische Aspekte, die die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen seit mehr als einem Jahrhundert geprägt haben. Sie ist eine gesellschafts- und wirtschaftshistorische Arbeit, die teilweise spannend, teilweise – durch die schlüssig dargelegten Konsequenzen - auch beklemmend zu lesen ist. Manches davon gehörte in den Gesellschaftskundeunterricht der Schulen. Zusammen präzisieren alle Facetten jene Bedingungen, die man für eine erfolgreiche Prognose benötigt; so erklärt sich auch der – nur für methodologisch ungeschulte Leser ungewöhnliche - Titel des Buches: „Nachträgliche Prognose“ ist nichts anderes als eine faktengestützte theoriegeleitete Erklärung. Eine Neuauflage könnte den Text straffer gestalten, die Übergänge fließender machen und einiges der Quellen und Dokumente in einen Anhang setzen. Man sollte auf sie nicht verzichten, denn sie vermitteln einen authentischen Eindruck vom Irrsinn und der Verschwendung der ideologischen Überwachungstätigkeit. Auch wären ein Abkürzungs- und ein Literaturverzeichnis anzuraten.